

Wie EUROMIL den „Eisernen Vorhang“ überwand

Die Dachorganisation der europäischen Militärverbände half den Soldaten der Armeen des zerfallenden Warschauer Paktes, sich gegen Widerstände für soziale und politische Rechte zu organisieren.

Von Michael Rudloff

Ein Tag nach der Herstellung der Einheit Deutschlands, am 4. Oktober 1990, traf sich das Präsidium der Europäischen Organisation der Militärverbände erstmals auf dem Boden des früheren „Ostblocks“, in Leipzig. Die Stadt der „Friedlichen Revolution“ wurde nicht zufällig gewählt. Bereits 1988 hatte EUROMIL den Sprung über den noch existierenden „Eisernen Vorhang“ gewagt, Verbindungen mit Militärangehörigen in den Staaten des Warschauer Vertrags aufgenommen und sie dabei unterstützt, sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu organisieren. Als erste Soldatenorganisation dieses Militärbündnisses hatte EUROMIL im Mai 1990 den im Verlauf der „Friedlichen Revolution“ gegründeten Verband der Berufssoldaten der DDR (VBS) aufgenommen. Dessen Tage waren allerdings bereits gezählt. Wenige Tage vor der Leipziger Präsidiumssitzung hatte der VBS seine Auflösung beschlossen und den Mitgliedern den Beitritt zum Deutschen Bundeswehrverband empfohlen.

Von Václav Havel empfangen

Mit der Einberufung der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung von EUROMIL für den 21. Februar 1991 nach Prag kam das Präsidium dem Wunsch des im Zuge des politischen Umbruchs ins Leben gerufenen Verbandes der Berufssoldaten der Tschechoslowakischen Föderativen Republik nach. Er trat in seiner Hauptstadt als 14. Verband der europäischen Dachorganisation bei. Neu gegründete militärische Berufsverbände aus Ungarn und Bulgarien strebten ebenfalls eine Mitgliedschaft in EUROMIL an. Dass der tschechoslowakische Verteidigungsminister Luboš Dobrovský als Ehrengast an der Tagung teilnahm, war ein Zeichen der Wertschätzung und des Rückhalts für das von EUROMIL verkörperte Konzept des „Bürgers in Uniform“. Als enger Vertrauter des Präsidenten hatte er eine Einladung der EUROMIL-Spitze in die Prager Burg vermittelt, wo sie durch Václav Havel zu einer Unterredung empfangen wurde.

Aus Moskau war eine Abordnung der „informellen Soldatengewerkschaft „Schtschit“ („Schild“) unter der Leitung des Vorsitzenden, Oberstleutnant d.R. Vitali Uraschzew, angereist, die einen Mitgliedsantrag bei EURO-



Sowjetische Fallschirmjäger besetzen am 11. Januar 1991 das Pressezentrum in der litauischen Hauptstadt Vilnius und gehen dabei brutal gegen Zivilisten vor.

MIL eingereicht hatte. Im Oktober 1989 war sie von etwa 100 Soldaten, Offizieren und Reservisten mit dem Ziel gegründet worden, die Armee zu demokratisieren und die allgegenwärtige Korruption und Vetternwirtschaft in ihren Reihen zu bekämpfen.

An der Seite der Bürger

Ihr Programm enthielt die Forderung, dass die sowjetische Armee „niemals gegen ihr Volk oder gegen fremde Völker eingesetzt wird“. Die Ernsthaftigkeit dieser Verpflichtung verkörperte der damals 83-jährige Ehrenvorsitzende Matwei Schaposchnikow. Der ehemalige General hatte sich als Stellvertreter des Befehlshabers des Militärbezirks Nordkaukasus im Juni 1962 geweigert, seine Panzer zur gewaltsamen Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Nowotscherkask, die mindestens 24 Todesopfer gefordert hatte, abzukommandieren. Schaposchnikow wurde in die Reserve versetzt, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und wegen „anti-sowjetischer Propaganda“ angeklagt. Seine Verdienste als „Held der Sowjetunion“ während des Zweiten Weltkrieges hatten ihn vor Schlimmerem bewahrt.

Bereits nach wenigen Monaten, im Oktober 1991, beschloss das EUROMIL-Präsidium, „Schild“ als Vollmitglied aufzunehmen. Diese Entscheidung erkannte den Einsatz der sowjetischen Soldatengewerkschaft gegen den Einsatz militärischer Gewalt in den Auseinandersetzungen um den Zerfall der UdSSR an. Nachdem am „Blutsonntag“, dem 13. Januar 1991, in Vilnius sowjetische Spezialeinheiten bei dem Versuch, das litauische Parlament und den Fernsehturm zu besetzen, 14 unbewaffnete Zivilisten getötet hatten, trug eine Untersuchungsgruppe von „Schild“ Dokumente und Tonbandaufzeichnungen zusammen. Beweise, dass das brutale Vorgehen der Fallschirmjäger „die Probe eines gewaltsamen Umsturzes“ gewesen war, übergaben sie litauischen Offizieren, die „Schild“ unterstützten. Politischen Hardlinern galten die Mitglieder von „Schild“ spätestens jetzt als „Nestbeschmutzer“. Drei Mitglieder der Untersuchungsgruppe, darunter der stellvertretende Vorsitzende der Soldatengewerkschaft, waren daraufhin von einer Spezialeinheit des sowjetischen Innenministeriums festgenommen und zeitweilig unter dem Vorwand, „Waffen und Narkotika bei sich zu

führen“, inhaftiert worden. Internationaler Druck, darunter von EUROMIL, erzwang ihre Freilassung.

Neubeginn in konfliktreicher Zeit

Als im August 1991 eine Gruppe konservativer Funktionäre die Umwandlung der Sowjetunion in einen dezentralisierten Staatenbund durch einen Staatsstreich aufhalten wollte, stellte „Schild“ in direkter Nähe zum russischen Präsidenten Boris Jelzin Verbindungen zu hohen Offizieren her. Damit leistete dieser Verband einen wichtigen Beitrag zur weitgehenden unblutigen Beendigung des Putschversuchs und zur Wiederherstellung der legitimen Verhältnisse. Die Auflösung der UdSSR bedeutete auch das Ende von „Schild“. Ihre Mitglieder gerieten zwischen die Fronten. Im blutigen Konflikt zwischen dem noch zu Sowjetzeiten gewählten Volkskongress und Präsident Jelzin stellte sich der „Schild“-Mitgründer Uraschzew gegen Jelzin.

Die am 17. Januar 1992 in Saltykovka, einer Kleinstadt in der Moskauer Region gegründete Unabhängige Gewerkschaft der Militärangehörigen (ITUS), war von Beginn an mit der Ablehnung durch führende russische Militärs konfrontiert. In einer Medienkampagne wurde der Interessenvertretung der Soldaten unterstellt, den Kampfgeist der Streitkräfte zu untergraben und selbst vor Streiks nicht zurückzuschrecken. Rückendeckung erhielt ITUS 1994 durch die Aufnahme in EUROMIL. Zeitgleich wurde der Unabhängigen Gewerkschaft der Soldaten der Ukraine (KITUS) ein Beobachterstatus verliehen.

Starthilfe für neue Mitgliedsverbände

Mit bilateralen Partnerschaften halfen erfahrene Verbände den „jungen“ Mitgliedsverbänden aus den Staaten des am 1. Juli 1991 aufgelösten Warschauer Paktes durch die Vermittlung von Erfahrungen, aber auch ganz naheliegend mit Technik und Geld. Die dänischen Verbände schenkten dem tschechoslowakischen Partnerverband Computer und Kopiergeräte. Als „Starthilfe“ übernahmen sie für zwei Jahre die Zahlung der Mitgliedsbeiträge für den 1995 aufgenommenen Verband der Lettischen Schützen. Ungarn erhielt Unterstützung aus den Niederlanden. Der DBwV förderte die russische Soldatengewerkschaft. In einem nach der aus dem anhaltischen Zerbst stammenden Zarin Katharina die Große benannten Retraining-Programm sowie mit einer Stellenbörse wurden ausscheidende Offiziere für den zivilen

Arbeitsmarkt fit gemacht. Im Zuge der Osterweiterung wuchs die Mitgliedschaft von EUROMIL allein in den Jahren von 1990 bis 1993 um 30 Prozent. Mit einer Präsidiumssitzung in Moskau im Mai 1997 und der Verabschiedung der „Moskauer Erklärung“ wollte EUROMIL nach den Worten seines Präsidenten Jens Rotbøll ein Zeichen für das Ende des Kalten Krieges und die Öffnung nach Osten setzen. „Wir achten

Eure Arbeit und Euer Ziel“, formulierte zurückhaltend das Verteidigungsministerium in seiner Grußadresse. Der Empfang der Delegation in der Duma und im Moskauer Rathaus vermochte kaum über das gegensätzliche Verständnis der Vereinbarkeit von militärischer Disziplin und der Wahrnehmung von Rechten durch Soldaten hinwegzutäuschen.

Die offiziellen Termine hinterließen bei EUROMIL-Generalsekretär, Flottillenadmiral a.D. Ulrich Hundt, einen zwiespältigen, eher desillusionierenden Eindruck. Die „joviale Freundlichkeit“, mit welcher der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für die Veteranen der Delegation begegnete, ging mit einer demonstrativen Ignoranz der Ausführungen über den „Staatsbürger in Uniform“ einher. Während junge russische Offiziere im Tagungsraum der

Dachorganisation russischer Gewerkschaften „mit Zorn und Leidenschaft über miserable Wohnungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit der Ehefrauen, ausbleibenden Sold, mangelnde Fürsorge durch Vorgesetzte“ klagten, übertrug das Staatsfernsehen live die Entlassung der Armeeführung, „wegen Unfähigkeit, Korruption und Verantwortungslosigkeit“.

Nach eigenen Angaben aus dem Jahr 2000 verfügte ITUS über rund 40 000 Mitglieder – gemessen an über einer Million Soldaten der russischen Armee eine geringe Zahl. Im Zuge der Umgestaltung der Streitkräfte konnte die soldatische Interessenvertretung zudem nur noch auf lokaler Ebene organisiert werden. Der Ukraine-Konflikt, die Annexion der Krim und die Sanktionen beendeten die zuletzt nur noch sporadischen Kontakte.

Rückschläge und Erfolge

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der dabei offenkundig werdende Charakter der russischen Armee hat das Scheitern aller Reformbestrebungen durch eine soldatische Interessenvertretung sichtbar werden lassen. Die Politik der Verständigung und Unterstützung einer solchen Organisation, wie sie mit großem Engagement durch die Verbände in EUROMIL vorangetrieben wurde, rückblickend von deren Scheitern aus zu beurteilen, ignoriert mögliche alternative Entwicklungen. Heute engagieren sich EUROMIL-Mitgliedsverbände in den „post-sozialistischen“ Ländern Bulgarien, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien und der Slowakei für die Rechte der Soldaten.



Der Vorsitzende des Verbandes der Berufssoldaten der CSFR, Jan Kriz (l.), bedankt sich auf der 63. EUROMIL-Präsidiumssitzung im Oktober 1992 in Ringkøbing bei Svend-Erik Larsen für die Unterstützung durch die dänische Gewerkschaft der Offiziere und Unteroffiziere der Armee (HKKF).

Foto: DBwV/Archiv